



„Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“

Fachtagung des AdB in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) wird im Jahr 2016 den Schwerpunkt seiner Arbeit auf das Thema „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“ legen. Als Einstimmung auf das Jahresthema wurde vom 23. bis 24. November 2015 die gleichnamige Fachtagung in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing als Kooperationsveranstaltung zwischen Verband und Mitgliedseinrichtung durchgeführt. Unmittelbar nach dieser Veranstaltung wurde bei der AdB-Mitgliederversammlung am 25. November 2015 eine Stellungnahme zum Jahresthema verabschiedet. Mit der Fachtagung und der Stellungnahme wurde das Startsignal für die Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen zu diesem Thema im kommenden Jahr gegeben.



Ulrich Ballhausen bei seinem Eröffnungsstatement

Die Frage „Wie wollen wir zusammen leben?“ ist eine Kernfrage unserer Profession, so Ulrich Ballhausen, Vorsitzender des AdB-Vorstands, am Beginn der Tagung. Er begrüßte die zahlreichen Teilnehmenden an der Fachtagung und machte deutlich, dass diese Frage alle zentralen Kategorien von Politik – Konflikt, Interesse, Macht, Herrschaft, Konsens, Willensbildung – berührt. Dr.

Judith Niehues vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln gab mit ihrem einführenden Beitrag einen profunden Einblick in verschiedene Daten und Analysen, die die Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland sichtbar machen können. Deutlich wurde in ihrem Vortrag, dass alleinerziehende Menschen, junge Erwachsene, Menschen mit



Dr. Judith Niehues

Migrationshintergrund und Arbeitslose einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Bei Menschen in den ostdeutschen Bundesländern ist das Armutsrisiko höher als in den alten Bundesländern, auf dem Land höher als in der Stadt. Aber, so Frau Dr. Niehues, trotz anderslautender Vermutungen sei seit ca. 2005 die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergegangen, die Zahl der armen Menschen nicht weiter gestiegen. Diese aus der Datenlage abzulesende Erkenntnis gehe aber nicht mit der „gefühlten“ Einschätzung der gesellschaftlichen Situation einher: Viele Menschen vermuteten, so Niehues, dass die Verteilung der Einkommen auf die Bevölkerung einer Pyramide gleiche, es also viele arme und sehr wenige reiche Menschen gäbe. De facto zeige das Schaubild aber eine Art Kreisel mit einer ausgeprägten breiten Mitte. Damit, so Niehues, entspreche die „gefühlte“ Ungleichheit nicht der realen gesellschaftlichen Situation.

Diese Problematik wurde auch in dem Podiumsgespräch am ersten Veranstaltungstag aufgegriffen: Professor Dr. Ulrich Eith, Studienhaus Wiesneck, Dr. Moritz Kilger, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, diskutierten – moderiert von Boris Brokmeier – mit Dr. Judith Niehues die Ursachen der gefühlten Ungerechtigkeit. Ulrich Eith stellte eine Verbindung zum Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger her und beschrieb grob drei Gruppen: Zur ersten Gruppe zählen Menschen, die Wählen als Bürgerpflicht ansehen und von Politik das Bearbeiten und Lösen von Problemen erwarten. Eine zweite Gruppe hat ein hohes politisches Interesse, will Politik aber nicht allein Politikerinnen und Politikern überlassen, sondern selbst aktiv mitgestalten. Und zur dritten Gruppe gehören Menschen, die wenig oder kein politisches Interesse zeigen und weit entfernt sind von jeder Form von Beteiligung. Diese Aufteilung könne, so Ulrich Eith, an vielen Beispielen deutlich gemacht werden.



Dr. Moritz Kilger, Dr. Judith Niehues, Boris Brokmeier, Prof. Dr. Ulrich Eith (v.l.n.r.)

Und diese Beispiele wiederum zeigen bei genauerer Betrachtung, dass dieser Gruppe mit der Gruppe korreliert, die Judith Niehues als die ausgemacht hat, die von Armut bzw. vom Armutsrisiko am meisten betroffen ist. Entscheidende Faktoren für politische und

gesellschaftliche Beteiligung und Nicht-Beteiligung – nicht nur an Wahlen – sind demnach die Faktoren Alter, soziale Lage, Einkommen und Bildung.

Die Meinungen, Aussagen und Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren im Rahmen einer Open-Space-Einheit gefragt. Ausgangspunkt für wechselnde Diskussionsrunden waren sechs Thesen aus dem Vortrag von Judith Niehues, die für Gesprächsstoff und nicht beschriebene Stellwände sorgten:

- Die Menschen am unteren Ende der Einkommensskala erleben die Ungleichheit in besonderem Maße. Ihre Entfaltungsmöglichkeiten – nicht nur am Arbeitsmarkt – sind begrenzt. Wie können die Teilhabechancen dieser Menschen erhöht werden?
- Wie kann oder sollte politische Bildung auf Ungleichheit, Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung reagieren?
- Wir leben in einer heterogenen, vielfältigen Gesellschaft. Dies geht mit Ungleichheit einher. Bedeutet Ungleichheit auch immer Ungerechtigkeit?
- Wie wollen wir zusammen leben? Welche Werte wollen wir in der politischen Bildung vermitteln?
- Ungleichheit in unserer Gesellschaft spiegelt sich auch in unseren Zielgruppen wider. Was bedeutet das für die politische Bildung? Wer braucht welche politische Bildung?
- Die gefühlte Ungleichheit ist deutlich größer als die wissenschaftlich beschriebene Ungleichheit. Warum ist das Ungerechtigkeitsempfinden so stark? Wird die gesellschaftliche Ungleichheit überschätzt?

Der zweite Tag der Fachtagung begann mit einer intensiven Workshop-Phase: In drei parallelen Workshops wurde den Teilnehmenden die Gelegenheit gegeben, einzelne Aspekte von Armut und Reichtum in der Demokratie zu fokussieren und mit den Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit zu verbinden:

Im *ersten Workshop* gab Mattias Fiedler von der Bewegungstiftung einen Input zum Thema „Wohin mit dem Geld? Engagement für politische Bildung durch private Stiftungen“. In den nächsten Jahren wird weltweit ein gigantisches Vermögen vererbt. Stiftungen sind ein Modell, dieses Geld zweckgebunden zu erhalten. Wir werden uns in Zukunft stärker auf das Phänomen sogenannter



Wohltätigkeitskapitalisten einstellen müssen, die ihr privates Geld gemeinnützig einsetzen und damit Politik mitgestalten. Diese Motivation, privates Geld gemeinnützig zu verwenden verdient Anerkennung, jedoch sollte sie die Öffentliche Hand nicht ihrer Verantwortung entbinden. Ein Weg könnte sein, das Stiftungsrecht zu reformieren und an gemeinnützigen Staatszielen auszurichten. Bereits jetzt haben sich in Deutschland viele Stiftungen etabliert, die ihr Stiftungsvermögen erhalten und Projekte fördern. Die meisten der über 20.000 Stiftungen sind aufgrund geringer Rendite auf das Einwerben von Mitteln angewiesen um ihrem Stiftungszweck nachzukommen. Sie konkurrieren im Fundraising

daher auch mit Trägern politischer Bildung, was oftmals nicht gesehen wird. Politische Bildung sollte daher die eigene Rolle als Akteur nicht unterschätzen und Agenda Setting zu ihren Themen betreiben.

Im *zweiten Workshop* „Bildung als Schlüssel gegen Armut. Was kann politische Bildung erfolgreich dazu beitragen?“ setzten sich die rund 20 Teilnehmenden zunächst mit der Kampagne „Aktiv gegen Armut“ des Internationalen Bundes (IB) auseinander, die von Gerti Wolf als dafür zuständigen Referentin des IB vorgestellt wurde. Ihr Ziel als große Sozialorganisation sei es, bundesweit auf die Armut und Benachteiligung insbesondere von jungen Menschen aufmerksam zu machen und sich für ein würdevolles Leben auch von armen Menschen einzusetzen. Mit vielfältigen Aktionen, Fachtagungen und Publikationen wird diese Kampagne



seit 2011 umgesetzt. Ansätze politischer Bildung werden im Rahmen dieser Kampagne als Querschnittsaufgabe bzw. Ergänzung zu Angeboten der Jugendsozialarbeit betrachtet und soll dabei helfen, die Zusammenhänge von Armut und Reichtum zu erkennen.

Die Diskussion im Workshop setzte an diesem Punkt an und die Teilnehmenden schilderten ihre Erfahrungen mit dem Themenfeld Armut und Reichtum in ihren Bildungsangeboten.

Armut als solche zum Gegenstand in Seminaren zu haben, wird als eher kontraproduktiv betrachtet. Vielmehr, so die Erfahrungen, gehe es um die Frage, was die Menschen vom Leben erwarten und darum, den Begriff der Armut nicht mit Angst zu besetzen.

Darüber hinaus müssen in Bildungsangeboten insbesondere Menschen gefördert werden, die über keine oder nur geringe Zugänge zur gesellschaftlichen Teilhabe verfügen, um diese zu erhöhen und verbessern. Das kann durch sogenannte Perspektivseminare geschehen und durch eine intensivere Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ergänzt werden. Kooperationen mit Trägern der Jugendsozialarbeit helfen, die Bildungsarbeit mit Benachteiligten zu verbessern, da diese durch vielfältige Maßnahmen der beruflichen Eingliederung und Ausbildung enger mit den jeweiligen Zielgruppen zusammenarbeiten.

Der *dritte Workshop* widmete sich dem „Umgang mit bildungsfernen Zielgruppen – eine Herausforderung für die politische Erwachsenenbildung“. Mark Kleemann-Göhring von der Universität Duisburg-Essen gab einen Input, stellte u. a. das Projekt „Potenziale der Weiterbildung durch den Zugang zu sozialen Gruppen entwickeln“ vor und diskutierte mit den Teilnehmenden, mit welchen Formaten und durch welche Maßnahmen bildungsferne Zielgruppen in der politischen Erwachsenenbildung



am besten erreicht werden können. Weitere Fragen waren: Was sind die Themen und lebensweltlichen Bezüge, mit denen Erwachsene erreicht und ihr Interesse geweckt werden kann? Was kann die politische Erwachsenenbildung bildungsfernen Erwachsenen an Kompetenzen, Wissen und Urteilsfähigkeit vermitteln? Mark Kleemann-Göhring machte deutlich: Nicht nur die Individuen haben Distanz zu institutionalisierter Bildung, sondern auch die institutionalisierte Bildung weist soziale und kulturelle Distanz zu ihren Adressatinnen und Adressaten auf. Deutlich wurde, wie wichtig es ist, die Zielgruppen der „Bildungsfernen“ besser zu beschreiben und sich auf deren Bedürfnisse einzustellen, entsprechende Angebote zu entwickeln und die Themen des unmittelbaren Lebensumfeldes mit der politischen Dimension zu erweitern. In seinem Resümee benannte er folgende Aspekte:

- Implementierung von aufsuchender Bildungsarbeit
- Qualifizierung und Fortbildung der Mitarbeitenden
- Überdenken der Personalstruktur der Mitarbeitenden
- Verändertes Bildungsverständnis
- Neue Netzwerke und Kooperationen
- Ausreichende Finanzierung



Professor Dr. Michael Hartmann

In seinem Vortrag am zweiten Tag der Fachtagung bestätigte Professor Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt, verschiedene Erkenntnisse des Vortags, lenkte den Blick aber auch auf weitere Fakten. Er referierte, dass in den 80er und 90er Jahren die Einkommen und die Vermögen der reichen Menschen in Deutschland stark gestiegen seien. Er machte auf den politischen und gesellschaftlichen Einfluss der sehr reichen Bevölkerungsschicht aufmerksam und legte dar, wer z. B. besonders von den Entscheidungen in der Steuerpolitik profitiert und wie die Prioritäten von politischen und gesellschaftlichen Problemen durch Meinungsführerschaften verschoben werden können. Er führte aus, dass z. B. Vorstandsvorsitzende und Aufsichtsräte großer Konzerne einen wesentlich größeren Einfluss auf Politik haben als die von sozialer Ungleichheit unmittelbar betroffenen

Gruppen. Dies führe dazu, so bestätigte der Referent die Ergebnisse der Diskussion des Vortags, dass die vom Armutrisiko stärker betroffenen Menschen sich immer mehr vom politischen Geschehen und der aktiven Mitbestimmung abwenden würden.

In der anschließenden Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt, wie es mit dem zentralen Versprechen der Demokratie auf prinzipiell gleiche Chancen bestellt sei, wenn sich ein so großer Teil von Bürgerinnen und Bürgern zurückzieht und jegliches Interesse an Politik und am politischen Geschehen fehlen lässt. Wie stabil kann eine Demokratie sein ohne die Zustimmung

weiter Teile der Bevölkerung? Ist diese Politikferne auch ein Einfallstor für politische Populisten jeder Couleur? Und was kann und sollte die politische Bildung leisten, um auf diese Entwicklungen, auf die Ausgrenzung und Marginalisierung zu reagieren? Da die beschriebene soziale Ungleichheit eine große Herausforderung, wenn nicht gar Gefahr für die Demokratie ist, ist sie auch eine Herausforderung für die politische Bildung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass politische Bildung keine Sozialpolitik ersetzt. Es ist aber ihre Aufgabe, an den Interessen und Problemen der Teilnehmenden anzusetzen und deren Fragen nach gleichen Chancen, nach Ausgrenzung, Benachteiligung und Solidarität aufzugreifen. Auch wenn die Teilnehmenden das selbst oft nicht so sehen, sind dies im Kern hoch politische Fragen.

Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, griff in ihrem Schlusswort noch einmal den Einstieg des Vorsitzenden zum Beginn der Tagung auf: Die Frage des Zusammenlebens in der Demokratie müsse die politische Bildung bewegen und bei ihren Aktivitäten und Inhalten immer wieder in den Fokus gerückt werden. Mit Blick auf den Untertitel des Jahresthemas und



Ina Bielenberg bei ihrem Abschlussstatement

den Verweis auf Armut und Reichtum in der Demokratie müsse ebenso die Frage gestellt werden, ob das Gleichheitsversprechen der Demokratie – zumindest in Hinblick auf die politische Repräsentanz – mit der ungleichen Verteilung von materiellen Gütern, und damit verbunden dann auch mit der ungleichen Verteilung von sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und Bildungsressourcen, zusammenpasst.

Am Ende der Tagung stand die Verabredung, als Träger und Organisationen der politischen Bildung weiterhin die gesellschaftlichen Ungleichheiten in Bildungsveranstaltungen zu benennen und verstärkt Menschen mit Armutsrisiko für die Bildungsarbeit zu gewinnen, sie für demokratische Beteiligungsverfahren zu mobilisieren und zu befähigen.

